

## Beschluss A 3 - Du gehst deinen eigenen Weg – Berufliche Bildung, Hochschule und lebenslanges Lernen

Gremium: Landesparteitag  
Beschlussdatum: 19.02.2022  
Tagesordnungspunkt: A Du und Dein Leben in Schleswig-Holstein

### Text

1 A. 3. Du gehst deinen eigenen Weg – Berufliche Bildung, Hochschule und  
2 lebenslanges Lernen

3 Die berufsbildenden Schulen und Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) sind eine  
4 starke Säule in unserem Bildungssystem. Mit ihren verschiedenen Schularten  
5 bieten sie Jugendlichen und jungen Erwachsenen neben der dualen Ausbildung an  
6 der Berufsschule viele weitere Möglichkeiten, sich auf eine Ausbildung  
7 vorzubereiten, fachschulische Ausbildungen zu absolvieren und Schulabschlüsse  
8 bis hin zur allgemeinen Hochschulreife zu erlangen. Dieses flexible System  
9 wollen wir stärken und ausbauen.

10 A. 3. 1. Berufliche Bildung und das SHIBB stärken

11 In der vergangenen Wahlperiode ist das GRÜNE Konzept des Schleswig-  
12 Holsteinischen Instituts für Berufliche Bildung (SHIBB) umgesetzt und so die  
13 berufliche Bildung gestärkt worden. Mit seinen 5.000 Lehrkräften an  
14 berufsbildenden Schulen ist es am 1. Januar 2021 an den Start gegangen,  
15 zugeordnet zum Wirtschaftsministerium. Wir werden das SHIBB wieder dem  
16 Bildungsministerium zuordnen. Sämtliche Prozesse der Ausgestaltung vom Übergang  
17 Schule und Beruf, der Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen allgemein- und  
18 berufsbildender Schulen, der beruflichen Orientierung, der Vergleichbarkeit von  
19 Personalentwicklung und Lehrkräftebildung wollen wir, wie ursprünglich geplant,  
20 unter einem Dach zusammenführen.

21 In den vergangenen Jahren sind die Schüler\*innenzahlen an den berufsbildenden  
22 Schulen einschließlich der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)  
23 zurückgegangen. Das führt zum Teil zu sehr kleinen Klassen in einigen  
24 Ausbildungsberufen, die durch die berufsbildenden Schulen einschließlich der RBZ  
25 schwer zu kompensieren sind. Wir wollen deshalb mit den Schulen, Schulträgern  
26 und allen Akteur\*innen partnerschaftlich eine landesweite  
27 Schulentwicklungsplanung auf den Weg bringen, um allen Standorten eine  
28 Perspektive zu geben.

29 Wir wollen flächendeckend alle berufsbildenden Schulen in Regionale  
30 Berufsbildungszentren umwandeln. So können sie flexibler auf regionale Bedarfe  
31 in der Ausbildung reagieren.

32 A. 3. 1. 1. Berufliche Orientierung – Kooperation ist das Ziel

33 Eine intensivere berufliche Orientierung an den allgemeinbildenden Schulen  
34 gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, den Coaches und Betrieben ist ein  
35 wichtiger Baustein. Ziel ist, dass Jugendliche ihre Stärken erkennen, sich über  
36 ihren Ausbildungs- oder Studienwunsch klar werden und sich rechtzeitig bewerben.  
37 Die Berufsschullehrkräfte mit ihrer Erfahrung zu Anforderungen und Möglichkeiten  
38 in den verschiedenen Berufszweigen können hier an den allgemeinbildenden Schulen

39 unterstützen. Deshalb wollen wir den Einsatz von Berufsschullehrkräften in der  
40 beruflichen Orientierung der allgemeinbildenden Schulen prüfen und auch Modelle  
41 unterstützen, in denen die Schüler\*innen der allgemeinbildenden Schulen im  
42 Rahmen der beruflichen Orientierung in die Werkstätten der berufsbildenden  
43 Schulen einschließlich der RBZ kommen. Die Netzwerke und Strukturen der  
44 Jugendberufsagenturen wollen wir hierin einbeziehen.

#### 45 A. 3. 1. 2. Ausbildungsgarantie

46 Wir werden das Ziel der Bundesregierung, allen Jugendlichen eine  
47 Ausbildungsgarantie zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung zu  
48 ermöglichen, in Schleswig-Holstein aktiv unterstützen und umsetzen. Ziel ist es,  
49 dass jede\*r Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz im Betrieb oder  
50 betriebsnah in den beruflichen Schulen oder bei freien Trägern bekommt. Auch  
51 Jugendliche mit Lernschwierigkeiten sollen mit Hilfe aller Akteur\*innen eine  
52 faire Chance auf einen Ausbildungsabschluss bekommen.

53  
54 Dazu gehört für uns auch in den beruflichen Schulen der Ausbau und die  
55 ausreichende Kapazität und Ausstattung des DAZ-Bereiches sowie weitere  
56 Möglichkeiten des Spracherwerbes für nicht muttersprachliche Auszubildende. So  
57 wollen wir ermöglichen, dass auch junge Erwachsene, die neu zugewandert oder  
58 geflohen sind, einen Schulabschluss erreichen können. Denn dadurch erhöhen wir  
59 wiederum die Chance auf den Zugang zu einer Berufsausbildung und einem  
60 qualifizierten Berufseinstieg.

#### 61 A. 3. 1. 3. Fachkräftesicherung gemeinsam mit Betrieben

62 Für eine ausreichende Zahl von betrieblichen Ausbildungsplätzen ist es  
63 notwendig, dass die Betriebe ihre Anstrengungen weiter erhöhen, diese zur  
64 Verfügung zu stellen. Eine ausreichende Anzahl von besetzten Ausbildungsplätzen  
65 ist die Voraussetzung für den Erhalt eines vielfältigen Angebots an  
66 Berufsschulklassen in der Fläche. Hierzu soll das SHIBB gemeinsam mit den  
67 Akteur\*innen im berufsbildenden Bereich eine Strategie für die kommenden Jahre  
68 erarbeiten. Die Möglichkeiten in der beruflichen Bildung weitere Praktika und  
69 Auslandsaufenthalte absolvieren zu können, ist entscheidend für die  
70 Attraktivität einer Ausbildung. Hierfür wollen wir ein Modellprojekt initiieren.

#### 71 A. 3. 1. 4. Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung – 72 Berufshochschule

73 Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der Durchlässigkeit zwischen  
74 beruflicher und akademischer Bildung ein. Im Rahmen einer Institutionalisierung  
75 soll die Zusammenarbeit von Fachhochschulen, berufsbildenden Schulen und  
76 Betrieben ausgebaut werden. Wir wollen über diese Kooperation das Konzept einer  
77 Berufshochschule umsetzen, die zunächst einen Berufsabschluss und perspektivisch  
78 einen Bachelor-Abschluss einschließt. Durch diese Lernortkooperation wird die  
79 duale Ausbildung attraktiver und durchlässiger. Duale Studiengänge sind uns  
80 wichtig, um den enormen künftigen Fachkräftebedarf in vielen Branchen zu decken.  
81 Wir setzen uns daher für eine Aufstockung der Plätze ein.

#### 82 A. 3. 2. Hochschule und Wissenschaft

83 Wir wollen auch in den nächsten Jahren an unserem bisherigen Kurs festhalten und  
84 damit fortfahren, die Hochschulen zukunftssicher aufzustellen. Dabei wollen wir  
85 unsere Wissenschaft bei uns im Land stärken, Bildungsgerechtigkeit ausbauen und

86 international wettbewerbsfähig bleiben. Unsere Hochschulen und  
87 Forschungseinrichtungen sind wichtige Orte der Neugier, des Lernens und des  
88 Zusammenhaltes. Sie bieten Raum für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und  
89 politische Auseinandersetzungen.

#### 90 A. 3. 2. 1. Struktur und Finanzierung

91 Unsere Hochschulen brauchen Planungssicherheit. Deswegen werden wir die  
92 Grundfinanzierung der Hochschulen weiterhin verlässlich erhöhen. Für uns steht  
93 fest, dass keine staatliche Hochschule in Schleswig-Holstein in ihrer Existenz  
94 gefährdet sein darf.

95 Die Rolle der Fachhochschulen befindet sich aktuell mehr denn je im Wandel.  
96 Daher möchten wir gemeinsam mit den Hochschulen die Rolle der  
97 Fachhochschulprofessur adäquat weiterentwickeln.

98 Um dem bestehenden Fachkräftemangel in den sozialen Berufsfeldern  
99 entgegenzuwirken, wollen wir zunächst dem Fachkräfte- und Dozierendenmangel  
100 entgegenwirken. Dazu sollen Professuren attraktiver werden und die Anzahl der  
101 Promotionsstellen ausgebaut werden. Auf lange Sicht wollen wir damit den  
102 dringend benötigten Nachwuchs ausbilden.

103

104 Neben der Sicherung unserer bisherigen Hochschulstandorte wollen wir eine  
105 Erweiterung der öffentlichen Hochschullandschaft durch die Etablierung von  
106 Fachbereichen in Neumünster, priorisiert im Bereich eines Pflegestudiums.

107 Wir werden uns auch weiterhin für den Ausbau der Mitbestimmungsstrukturen  
108 innerhalb der Hochschuldemokratie einsetzen und gemeinsam mit den Statusgruppen  
109 über mögliche Anpassungen der Gremienstrukturen beraten. Wir setzen uns für eine  
110 Stärkung studentischer Partizipation bei politischen Prozessen ein und  
111 unterstützen die Institutionalisierung der Landes-ASTen Konferenz.

112 Wir möchten die Hochschulen auch in ihrer Rolle als Arbeitgeber\*innen stärken.  
113 Wir werden gemeinsam mit den Personalräten und anderen Hochschulgremien Wege  
114 suchen, Weiterbildungsmöglichkeiten mit Aufstiegsperspektiven für den Mittelbau  
115 und für das technisch administrative Personal zu schaffen. Wir halten weiterhin  
116 am Grundsatz „Dauerstellen für Daueraufgaben“ fest. Wo dieser Grundsatz noch  
117 nicht ausreichend umgesetzt ist, werden wir das ändern.

118 Um auch studentischen Beschäftigten einen fairen und guten Arbeitsplatz bieten  
119 zu können, unterstützen wir die Forderung der gewerkschaftlichen Kampagne  
120 TVStud. Unser Ziel ist auch hier eine tarifliche Entlohnung.

#### 121 A. 3. 2. 2. Digital und international

122 Wir wollen sowohl im Bereich der digitalen Infrastruktur, der Ausstattung und im  
123 Zugang zu digitalen Ressourcen nachlegen. Es gilt sowohl die Vorteile der  
124 Digitalisierung zu nutzen als auch einen kritischen Umgang mit digitalen  
125 Lösungen zu entwickeln. Sichere IT-Systeme sind besonders im Bereich der  
126 Forschung relevant, aber auch Cloud-Lösungen müssen höchsten  
127 Sicherheitsstandards genügen. Außerdem setzen wir auf den weiteren Ausbau von  
128 Open-Data und Open-Access.

129 Die Internationalisierung der Hochschulen und Forschungsinstitute über alle  
130 Grenzen hinweg war und ist ein wichtiges Ziel unserer Hochschulpolitik. Studien-

131 und Forschungsaufenthalte internationaler Student\*innen an hiesigen Hochschulen  
132 und Forschungsstätten sowie Aufenthalte von Student\*innen und  
133 Wissenschaftler\*innen an ausländischen Hochschulen sind wichtig.

134 Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen wollen wir einfacher gestalten.  
135 Bestehende Nachteile in Studienordnungen, bei der Anerkennung von  
136 Studienleistungen oder im Beschäftigungsrecht wollen wir abbauen.

137 Gerade in der deutsch-dänischen Grenzregion setzen wir an den Hochschulen auf  
138 einen deutlichen Ausbau der grenzüberschreitenden Bachelor- und  
139 Masterstudiengänge. Wir wollen die Zusammenarbeit von deutschen und dänischen  
140 Hochschulen fördern und setzen auf die Grenzregion als gemeinsamer,  
141 grenzüberschreitender Innovations- und Bildungsstandort.

#### 142 A. 3. 2. 3. Innovation und Exzellenz

143 Unsere Hochschulen sind wichtige Partner\*innen für gesellschaftliche und  
144 technische Innovation. Um diese Rolle strategischer zu füllen, unterstützen wir  
145 die Idee von Innovationsagenturen nach dem D.Innova-Konzept. Wir unterstützen  
146 das auf Bundesebene geplante Konzept. Die Förderung von Innovations-, Wissens-  
147 und Technologietransfer ist insbesondere für den Standort Schleswig-Holstein  
148 eine starke Perspektive, die wir aktiv nutzen wollen. Wir werden in Schleswig-  
149 Holstein für eine starke regionale Struktur sorgen.

150

151 Um auch nach dem Hochschulabschluss beispielsweise den Zugang zu aktuellen  
152 wissenschaftlichen Entwicklungen zu erleichtern, werden wir gemeinsam mit den  
153 Hochschulen die Möglichkeit zu einem Auffrischungsstudium entwickeln.

154 Wir lehnen die Exzellenzstrategie der Bundesregierung ab. Sie unterstützt  
155 gezielt einzelne Forschungsbereiche, trägt gleichzeitig aber zur Stärkung  
156 elitärer Strukturen bei. Andere wichtige Fachbereiche bleiben bei dieser  
157 wettbewerbsorientierten Finanzierung unberücksichtigt. Wir befürworten  
158 stattdessen eine grundsätzliche Mittelerhöhung für die Hochschulen aus  
159 Bundesmitteln um die Breite der Wissenschaftslandschaft zu fördern. Bis es eine  
160 solche gerechtere Förderung gibt, werden wir die Universitäten in Schleswig-  
161 Holstein trotzdem darin unterstützen, von der Exzellenzstrategie des Bundes zu  
162 profitieren.

#### 163 A. 3. 2. 4. Vielfalt, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung

164 Wir setzen uns für Hochschulen mit den klügsten Köpfen unterschiedlichster  
165 Hintergründe ein. Wir werden die Hürden für Studieninteressierte  
166 unterschiedlichster Biographien abbauen. Hierzu werden wir die in der letzten  
167 Wahlperiode geschaffene Studienstarthilfe für Studierende aus  
168 Bedarfsgemeinschaften fortsetzen. Studiengebühren lehnen wir ab.

169 Um eine inklusive Hochschulkultur zu ermöglichen, setzen wir uns für mehr  
170 Diversität beim Lehrpersonal ein.

171 Wir wollen Stress und Überforderung im Studium entgegenwirken. Zur Verbesserung  
172 der Studienbedingungen trägt auch eine Verkleinerung der regulären Gruppengrößen  
173 vor allem in Eingangsvorlesungen bei. Zusätzlich werden wir die  
174 Aufenthaltsqualität auf dem Campus verbessern und Konzepte entwickeln, um  
175 Lernstress zu reduzieren und die Perspektive von Studierenden in den vorhandenen  
176 Strukturen zur Qualitätsentwicklung der Studienbedingungen stärken.

177 Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die  
178 Hochschulen für mehr Studierende zugänglich sind und bessere berufliche  
179 Perspektiven in der Wissenschaft bieten. Hochschulen müssen Orte der Neugier und  
180 des Zusammenhaltes sein. Vor diesem Hintergrund lehnen wir einen Ausschluss von  
181 Frauen durch ein Verbot der Vollverschleierung ab.

182 Wir wollen das Studentenwerk Schleswig-Holstein bei seinen wichtigen Aufgaben  
183 der sozialen Infrastruktur auch künftig finanziell stärken. Insbesondere im  
184 Bereich des studentischen Wohnraums und bei der psychosozialen Beratung sehen  
185 wir die wachsenden Bedarfe.

186 Die Mieten und Lebenshaltungskosten in den Städten steigen auch für Studierende  
187 immer weiter. Mit der von der Ampel-Koalition im Bund vorgesehenen BAföG-Reform  
188 kann es gelingen, dass das BAföG endlich wieder zu einem wirksamen Instrument  
189 der Bildungsgerechtigkeit wird. Wir werden darauf achten, dass  
190 Berechnungsgrundlagen regelmäßiger und automatisch der Realität angepasst  
191 werden, die Fördersummen, insbesondere fürs Wohnen, erhöht und das BAföG  
192 insgesamt elternunabhängiger wird. Ein wichtiger Schritt ist außerdem die  
193 Erhöhung der Altersgrenzen und die Schaffung von Fördermöglichkeiten für ein  
194 Teilzeitstudium.

195 Studierende haben ein Recht auf die rechtzeitige Auszahlung ihres BAföGs. Um die  
196 Bearbeitung von BAföG-Anträgen zu beschleunigen, werden wir das Studentenwerk  
197 stärken, Prozesse modernisieren und digitalisieren.

198 Mit der Einführung der Diversitätsbeauftragten an den Hochschulen durch unsere  
199 Hochschulgesetzesnovelle von 2015 haben wir eine wichtige Modernisierung  
200 vorangetrieben. Daraus sind starke Stimmen für einen wertschätzenden Umgang mit  
201 gesellschaftlicher Vielfalt auf dem Campus entstanden. Im Zuge der  
202 Hochschulgesetzesnovelle 2022 haben wir die Befugnisse der  
203 Diversitätsbeauftragten deutlich ausgebaut. Künftig wollen wir eine landesweite  
204 Koordinierungsstelle für Diversität an schleswig-holsteinischen Hochschulen  
205 schaffen.

206 Wir wollen dafür sorgen, dass die bestehenden Schutzlücken des Allgemeinen  
207 Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) für Studierende und Stipendiat\*innen geschlossen  
208 werden. Hochschulen, die keine AGG-Beschwerdestelle eingerichtet haben, sollen  
209 dafür künftig über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen verpflichtet werden  
210 können.

211 Wir werden unsere Hochschulen in die Lage versetzen adäquate Lösungen zu  
212 ermöglichen, die eine geschützte Nutzung von Toiletten und Umkleieräumen für  
213 trans\*, inter, und nicht-binären Personen erlauben. Hierzu zählt neben dem  
214 sensiblen Umgang auch die Schaffung von All-Gender-Restrooms.

215 Zudem werden wir in enger Absprache mit den Hochschulen sicherstellen, dass  
216 selbstgewählte Namen und Pronomen von Studierenden und Mitarbeitenden erfasst  
217 und genutzt werden. Sowie eine Unterstützung der sozialen Transition auch schon  
218 vor der rechtlichen.

219 Regelungen, die die Repräsentation und Mitsprache von Frauen, inter\*, nicht-  
220 binären und trans\* Personen in der Wissenschaft sichern, müssen in allen Gremien  
221 und auf allen Ebenen gelten. Für die Besetzung von Professuren und anderen  
222 Führungspositionen ist eine konsequente Verankerung von Quoten nötig.

223 Wir wollen die Partizipation und Sichtbarkeit von Frauen,inter\*, nicht-binären  
224 und trans\* Personen in der Wissenschaft deutlich erhöhen. Dafür müssen  
225 Auswahlverfahren für Spitzenpositionen transparenter und chancengerechter  
226 gestaltet sowie die wissenschaftlichen Leistungen von Frauen ohne Gender Bias  
227 anerkannt werden.

228  
229 Um die Chancengerechtigkeit für alle Menschen mit Familienaufgaben im  
230 Hochschulsystem zu gewährleisten, muss die Vereinbarkeit von Familie, Lehre und  
231 Forschung weiter erhöht werden. Außerdem muss es Alternativen zu  
232 befristeten Verträgen geben, die eine langfristige Lebensplanung ermöglichen.

233 Wir ermutigen und unterstützen die Hochschulen, die Auseinandersetzung mit  
234 sexueller, romantischer und geschlechtlicher Vielfalt als Bestandteil in die  
235 einschlägigen Curricula aufzunehmen.

### 236 A. 3. 3. Die Klimakrise verstehen

237 Um die Klimakrise zu verstehen und für sie zu sensibilisieren, braucht es Wissen  
238 und Dialog. Wir wollen das Jahr 2023 zum Jahr der Klimabildung machen und eine  
239 landesweite Klima-Projektwoche an die Kitas und Schulen bringen, die in  
240 Kooperation mit der Wissenschaft, Verbänden und anderen Akteur\*innen  
241 durchgeführt wird. Auch darüber hinaus werden wir den Schulen die Möglichkeit  
242 geben, ihr Engagement für die Klimabildung unkompliziert öffentlich sichtbar zu  
243 machen. Darüber hinaus werden wir die Klimabildung in allen Lehrplänen an  
244 allgemeinbildenden und beruflichen Schulen verankern.

245 Alle Menschen haben ein Recht auf Klimabildung und Bildung für nachhaltige  
246 Entwicklung. Wir möchten dabei unterstützen, die Auswirkungen der Klimakrise zu  
247 erkennen, Maßnahmen für den Klimaschutz zu bewerten und Mut zur Gestaltung der  
248 Zukunft machen. Wir wollen Menschen ermutigen, eigene Handlungsstrategien für  
249 ein klimaneutrales Leben sowie sozial gerechte Lösungen für die Klimakrise auf  
250 lokaler und globaler Ebene zu entwickeln.

251 Die Bildung für nachhaltige Entwicklung soll im Zuge dessen ebenfalls an  
252 berufsbildenden Schulen fest verankert werden. Als direkte Schnittstelle  
253 zwischen Bildung und Arbeitswelt ergibt sich hier die Chance, im Unterricht  
254 Lösungen für eine nachhaltige Arbeits- und Lebenswelt zu entwickeln. Dafür  
255 werden wir für Themen mit Bezug zur Nachhaltigkeit, schulische Konzepte und  
256 nachhaltige Lernumgebungen die notwendigen Ressourcen bereitstellen.

### 257 A. 3. 4. Lebenslanges Lernen und Medienkompetenz stärken

258 In einer sich schnell ändernden Gesellschaft und in Zeiten ständiger technischer  
259 Transformation wird das lebenslange Lernen zu einer der wichtigsten Säulen  
260 unseres Bildungssystems. Die Volkshochschulen und Bildungsstätten sind Träger  
261 wichtiger gesellschaftlicher Prozesse. Bei dieser Aufgabe möchten wir sie  
262 bestmöglich unterstützen. Daher wollen wir eine Neuauflage des  
263 Weiterbildungsgesetzes zum Weiterbildungsfördergesetzes umsetzen.

264 Für uns ist die Erwachsenenbildung ein wichtiger Baustein zur  
265 Bildungsgerechtigkeit im Alter. Wir wollen die Volkshochschulen darin  
266 unterstützen, ihr Angebot weiter auszubauen und mehr Grundbildungszentren zu  
267 schaffen. Außerdem soll ein flächendeckendes und leicht zugängliches Angebot für  
268 Menschen mit geringeren Lese- und Schreibfähigkeiten entstehen.

269 Der kompetente Umgang mit Medien wird im Zeitalter der alles umfassenden  
270 Digitalisierung und Globalisierung zu einer wesentlichen Voraussetzung für das  
271 Funktionieren unserer Demokratie. Ebenso wie die Medien selbst, unterliegen auch  
272 der Umgang mit ihnen und die Auswirkungen auf unsere Gesellschaft einem rasanten  
273 Wandel. Dieser birgt zugleich Chancen und Risiken. Deshalb ist Medienkompetenz  
274 eine der Schlüsselkompetenzen unserer Zeit. Wir wollen Menschen aller  
275 Altersklassen den mündigen Umgang und die kritische Auseinandersetzung sowohl  
276 mit traditionellen als auch neuen Medienangeboten ermöglichen.

277 Wir setzen uns dafür ein, dass besonders Kindertagesstätten, schulische und  
278 außerschulische Bildungseinrichtungen – auch der Jugend- und Erwachsenenbildung  
279 – über eine ausreichende finanzielle, technische und fachliche Ausstattung  
280 verfügen, um diesem Auftrag gerecht zu werden. Das medienpädagogische  
281 Landeskonzept wollen wir modernisieren und kontinuierlich fortschreiben. Darüber  
282 hinaus unterstützen wir eine verpflichtende Aufnahme des Faches Medienkompetenz  
283 in die Curricula, insbesondere der erzieherischen und pädagogischen Berufe.

284 Wir wollen allen Bürger\*innen die Möglichkeit der digitalen Teilhabe  
285 sicherstellen. Menschen mit geringem Einkommen, ohne festen Wohnsitz oder  
286 Menschen, die Schwierigkeiten mit der Benutzung von digitalen Endgeräten haben,  
287 sollen durch Digitallots\*innen die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Um  
288 die digitale Teilhabe und Medienkompetenz der älteren Generation zu stärken,  
289 setzen wir uns für ein landesweites Netzwerk von ehrenamtlichen Senior\*innen-  
290 Medienlots\*innen ein. Öffentliche Orte wie Büchereien, Gemeindezentren oder  
291 Senior\*innentreffs wollen wir zu Erlebnisräumen für digitales Kennenlernen und  
292 Ausprobieren gestalten. Hier können Menschen Grundlagen lernen, Webseiten bauen  
293 oder ihre Steuererklärung digital abgeben. Dafür werden wir die Förderung der  
294 „Digitalen Knotenpunkte“ fortführen. Insbesondere in den ländlichen Räumen  
295 wollen wir in gemeinsamer Verantwortung mit den Kommunen die Büchereien nach  
296 dänischem Vorbild zu Medienkompetenzzentren und „offenen Büchereien“ mit einem  
297 attraktiven und niedrigschwelligen Angebot ausbauen.

298 Wir wollen den Landesbeauftragten für politische Bildung stärken und die  
299 Vermittlung von Medienkompetenz zu einem seiner Schwerpunkte machen. Dazu soll  
300 die Arbeit in diesem Bereich ausgebaut werden und Qualitätsmaterialien sowie  
301 öffentlich-rechtliche Lernplattformen bereitgestellt werden.